



Helvetische Bank

Die Bank für Unternehmer

Seefeldstrasse 215, 8008 Zürich
Tel. 044 204 56 00
www.helvetischebank.ch



Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND

PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik Die Sommersession steht vor der Tür von <i>Nina Fehr Düsel</i> Seite 2	Kanton Zürich Straffällige Asylmigranten effektiv rückführen von <i>Anita Borer</i> Seite 3	Aktuell Zusammenkunft ehemaliger Ratsmitglieder von <i>Theres Weber</i> Seite 4	Parlamentsgemeinden Dietiker Stadtrat piesackt Autofahrer von <i>Konrad Lips</i> Seite 6	Veranstaltungs-Tipp Auf Käseereibesichtigung mit KR Weidmann Seite 6
---	---	---	--	---

EIGENVERANTWORTLICHE VORSORGE

Die zweite und dritte Säule nicht schwächen

Im Jahr 2024 hat der Bundesrat als Teil eines Massnahmenpakets vorgeschlagen, die Steuervorteile bei der Auszahlung von Vorsorgeguthaben einzuschränken, was einer Steuererhöhung gleichkommt. Aus bürgerlicher Sicht ist Widerstand gegenüber diesen Massnahmen angezeigt. Der Bund hat nicht ein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem.



Wer spart, soll – insbesondere im Alter – nicht steuerlich stärker belastet werden. Bild: Adobe Stock

Gemäss dem Bundesamt für Statistik hat ein Schweizer Haushalt bei der Pensionierung im Durchschnitt rund eine Million Franken Vermögen, wenn er kein Eigenheim besitzt und rund 1,6 Millionen Franken, wenn er ein Eigenheim besitzt. Rund 600 000 Franken sind als Vorsorgeguthaben in der Pensionskasse vorhanden und nochmals rund 180 000 Franken in der freiwilligen Altersvorsorge (Säule 3a und 3b). Dazu kommen noch eigene Ersparnisse und wenige Anlagen in Aktien etc. Einzahlungen in die Säule 2 und 3 sollen auch weiterhin vom steuerbaren

Einkommen abgezogen werden können. Zudem ist die Idee, die Kapitalleistungen der Ehepartner nicht mehr gemeinsam zu besteuern, sofern sie nicht im selben Jahr anfallen. Diese Anpassungen sind erfreulich. Bei der Auszahlung von Vorsorgegeldern möchte der Bundesrat jedoch die Steuertarife für die separate Besteuerung der Kapitalbezüge erhöhen. Vor allem grössere Beträge sollen stärker bei der Bundessteuer fiskalisch belangt werden. Die Idee sei, die steuerlichen Vorteile bei Kapitalbezügen gegenüber den Rentenbezügen zu mindern. Dies ist aus bürgerlicher Sicht kritisch zu hinterfragen.

Sparen soll sich lohnen
Eigenverantwortliches Sparen ist eine begrüssenswerte Massnahme. Menschen, die Ende des Jahres noch flüssige Mittel zur Verfügung haben und sich damit in die Pensionskasse oder 3. Säule einkaufen, sollen aus Sicht der SVP nicht stärker steuerlich belastet werden. Sparen soll sich lohnen. Personen, welche viel Kapital in der 2. und 3. Säule ansparen, haben mit ihren ordentlichen Steuern schon einen relevanten Betrag an die Staatsfinanzen bezahlt. Die stärkere Belastung von gut situierten, «reichen» Personen ist daher nicht unterstützungswürdig. Aus bürgerlicher Sicht sind die Bundesfinanzen nicht wegen der Einnahmen, sondern wegen der Ausgaben aus dem Lot. Die Steuererträge sind in den vergangenen Jahren jedes Jahr um rund ein bis zwei Prozent pro Jahr gestiegen. Leider sind die Ausgaben des Bundes in der gleichen Zeitperiode noch stärker gewachsen. Vor allem die soziale Wohlfahrt wie auch die Armee verzeichnen hohe Wachstumsraten. Das Bundesbudget ist aktuell 2,5-mal höher als

1990 und beträgt rund 85 Milliarden Franken. In den kommenden Jahren rechnet der Bund mit weiteren Defiziten aufgrund der stark ansteigenden Ausgaben.

Selbstständigerwerbende steuerlich benachteiligt
Erwähnenswert für alle Selbstständigerwerbenden (inkl. Landwirtschaft) ist, dass der Steuersatz für Kapitalbezug auch für die privilegierte Besteuerung des Liquidationsgewinns bei Aufgabe der selbstständigen Erwerbstätigkeit gültig ist. Der aus der Aufgabe der Geschäftstätigkeit realisierte Gewinn wird wie ein Kapitalbezug separat besteuert. Bei der Aufgabe eines Handwerksbetriebes kann der Liquidationsgewinn schnell eine Höhe von mehreren hunderttausend Franken erreichen, weil beispielsweise Maschinen und Vorräte über dem Buchwert veräussert werden. Diese «stillen Reserven» stellen einen Teil der Altersvorsorge von Selbstständigerwerbenden dar. Bei der Erhöhung der Steuersätze für Kapitalbezüge wird somit ebenfalls die Aufgabe der Selbstständigkeit steuerlich benachteiligt. Es ist zurzeit unklar, wie der weitere Verlauf der politischen Diskussion ausgehen wird. Aus den genannten Gründen kritisiert die SVP den bundesrätlichen Wunsch der höheren Besteuerung von Vorsorgegeldern und wird die Debatte weiterhin kritisch begleiten.




Markus Bopp
Kantonsrat SVP
Otelfingen

Geniessen Sie mit uns eine Schifffahrt auf dem Zürichsee!

Wann: Mittwoch, 25. Juni 2025, 14 - 17 Uhr
Was: mit **Nationalrätin Nina Fehr Düsel** zur (Jugend-) Kriminalität und Zuwanderung und **Nationalrat Martin Haab** zu den EU Verträgen und möglichen Auswirkungen für die CH Landwirtschaft
Verpflegung: Kaffee und Kuchen
Boarding: 13:45 Uhr
Wo: Zürich Bürkliplatz, MS Etzel, Bootssteg 6
Anmeldung: sekretariat@svp-zuerich.ch oder Tel. 044 217 77 66
Alles offeriert!

Die Platzzahl ist beschränkt! Melden Sie sich noch heute an!
Auch Nicht-SVP-Mitglieder sind willkommen!
SVP Kanton Zürich





Hier könnte Ihre Werbung stehen
oder an mehr als 100 anderen Standorten
Blickfänger.ch

Wir unterstützen Sie gerne bei Ihrer Kampagne.

Melden Sie sich bei uns!
info@blickfaenger.ch | 043 499 24 19
 **blickfänger.ch**
Auffallend mobil. Auffallend günstig.



Christoph Mörgeli

Abschied vom Undiplomaten

Die besten Märchen stammen aus Deutschland. Der deutsche Botschafter Michael Flügger behauptete in der SRF-«Samstagsrundschau», die EU-Zuwanderer kämen «alle mit Arbeitsvertrag» in die Schweiz. In Wahrheit ist fast jeder Zweite nicht erwerbstätig. Flügger empörte sich auch über das Plakat eines EU-Hintern, der auf einer zerbrechlichen Schweiz sass. Zu Hause hätte er wohl sofort den Verfassungsschutz angerufen und die SVP-Verantwortlichen polizeilich vorführen lassen.

Jetzt endet die Amtszeit des Diplomaten Flügger, der sich vor allem als Undiplomat in Szene setzte. Als der Bundesrat 2021 den EU-Rahmenvertrag beerdigte, motzte Flügger gegen die Schweizer Landesregierung und warnte vor den politischen und wirtschaftlichen Folgen. Dabei hätte sich Flügger in den vergangenen Jahren besser um die Politik und Wirtschaft Deutschlands gesorgt. Und sich ein paar Gedanken gemacht, warum die Deutschen als Auswanderungsland am häufigsten die Schweiz wählen.

Der Grund liegt eher nicht an der Anziehungskraft von Botschafter Michael Flügger. Dieser forderte von seinem Gastland beständig mehr Geld für die «Gesamtsicherheit». Erstaunliche Töne für den Abgesandten eines Landes, dessen historischer Sicherheitsbeitrag für die Welt jenen der neutralen Schweiz schwerlich übertrifft. Flügger belehrte die Schweiz auch, wie viel sie in ihre Armee zu investieren hat. Sie müsse endlich über ihren «neutralistischen Schatten» springen und ihr «veraltetes Verständnis von Neutralität» entsorgen. Das Haager Völkerrecht sei «überholt».

Die angenehmsten Deutschen sind jene, welche die Menschen anderer Länder nicht erziehen wollen. Botschafter Michael Flügger gehört leider nicht in diese Kategorie. Nun zieht es den pensionierten Gesandten wieder in die deutsche Hauptstadt zurück. Wobei er mit seinem Ehemann das idyllische Chalet im Wallis behält. Dafür ist die Schweiz wiederum gut genug. Flügger geht gerne nach Berlin, «denn Bern ist keine Grossstadt». Jetzt besteht die Gefahr, dass Bern nach der Abreise dieses grossen Botschafters noch kleiner wird.

Die Sommersession startet in Kürze

Ab dem 2. Juni startet die dreiwöchige Sommersession in Bern mit sehr vielen Geschäften. Dabei steht die eidgenössische SRG-Volksinitiative «200 Franken sind genug» zur Diskussion, und auch viele Parlamentarier der SVP werden sich zu Wort melden. Denn obwohl die Qualität der SRG oft zu wünschen übrig lässt, zahlt die Schweizer Bevölkerung 335 Franken obligatorische Gebühren. Diese Gebühr muss gesenkt werden.



Nina Fehr Düsel
Nationalrätin SVP
Küsnacht

Auch das Thema «Selbstständigkeit ermöglichen, Parteiwillen berücksichtigen», eine Parlamentarische Initiative von Jürg Grossen (GLP), steht auf dem Programm. Dort müssen wir genau hinschauen, dass es zukünftig keine Betrüge gibt, beispielsweise von Schein-Selbstständigen. Zudem wird die Individualbesteuerung nochmals Thema sein, da die Differenzen aus dem Ständerat zur Abstimmung in den Nationalrat kommen. Es dürfte bei der Abstimmung knapp werden.

Auch die Änderung des Kartellgesetzes und die Reform der Wettbewerbskommission stehen auf der Traktandenliste – zwei unternehmerisch wichtige Geschäfte. In dieser Session stehen auch Geschäfte aus der Landwirtschaft, der Sicherheitspolitischen Kommission und der Aussenpolitischen Kommission zur Debatte.

Viele Geschäfte aus der Rechtskommission

Schliesslich folgen noch Geschäfte aus der Rechtskommission. Die Absicht der Kommission, Stalking als Tatbestand ins Strafgesetzbuch und ins Militärstrafgesetzbuch aufzunehmen, stiess

in der Vernehmlassung auf grosse Zustimmung. Die Rechtskommission hat mit 23 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung entschieden, den neuen Tatbestand als Antrags- und nicht als Offizialdelikt auszugestalten, sofern das Delikt nicht Personen betrifft, die miteinander in einer Partnerschaft verbunden sind.

Es soll einen neuen strafrechtlichen Tatbestand geben, da Stalking-Tatbestände zugenommen haben und durch

die aktuellen Strafnormen nicht wirklich erfasst ist.

Ebenfalls in der Rechtskommission diskutiert wurde das Thema Hausbesetzungen. Hier geht es darum, eine verbesserte Rechtslage bei verbotener Eigenmacht an Grundstücken zu schaffen und den Besitzerschutz zu verbessern. Diese Differenzen dürften auch durch die Mehrheit angenommen werden. Weitere strafrechtliche Themen wie die aktive elektronische Überwa-



Eines ist gewiss: Die diesjährige Sommersession wird es in sich haben, stehen doch wichtige und spannende Traktanden an.

Bild: Pexels

VERHANDLUNGEN DER SCHWEIZ MIT DER EU ABGESCHLOSSEN

Wann interessiert man sich für Volkes Meinung?

Die Chefunterhändler der Schweiz und der Europäischen Union (EU), Patric Franzen und Richard Szostak, sowie die Schweizer Co-Verhandlungsführenden aus den zuständigen Bundesämtern haben am 21. Mai 2025 in Bern die Abkommen des Pakets Schweiz–EU paraphiert. Was drinsteht, darf die Öffentlichkeit immer noch nicht wissen.



Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär SVP
Pfäffikon

Mit der Paraphierung wurde der Verhandlungsprozess mit der EU formell abgeschlossen. Vor allem der juristische Teil gilt als erledigt. Der Bundesrat will vor dem Sommer über die Gutheissung der Abkommen und die Eröffnung der Vernehmlassung entschei-

den und die Texte veröffentlichen. Dem Volk ist schwer zu erklären, wie man etwas paraphieren kann, ohne dass es zuvor genehmigt wurde. Aber solche Sorgen sind Politik und Verwaltung weitgehend fremd.

Souverän unter dem Fallbeil

Der Bundesrat nahm im Dezember 2024 den materiellen Abschluss der Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU «mit Befriedigung» zur Kenntnis und leitete die notwendigen Schritte für eine «formelle Finalisierung der Texte» ein. Die Abkommenstexte wur-

den in Bern in ihrer Originalfassung auf Englisch von den Chefunterhändlern der Schweiz und der EU, Patric Franzen und Richard Szostak, sowie von den Schweizer Co-Verhandlungsführenden der betroffenen Bundesämter paraphiert. Die Paraphierung ist die Zustimmung zu einem Vertragstext durch Anbringen der Initialen (Paraphen). Damit bestätigen die Verhandlungsführenden, dass der Text den Verhandlungsergebnissen entspricht.

Bereits am 2. April 2025 paraphierten die Chefunterhändler der Schweiz und der EU in Brüssel das EU-Programm-

abkommen (EUPA). An seiner Sitzung vom 9. April 2025 hiess der Bundesrat das EUPA gut und ermächtigte Bundesrat Guy Parmelin, dieses Abkommen im November 2025 zu unterzeichnen. Die Unterzeichnung wird eine rückwirkende Assoziierung der Schweiz per 1. Januar 2025 an Horizon Europe, das Euratom-Programm und das Digital Europe Programme ermöglichen. Damit will man offensichtlich den Neinsagern schon jetzt den Wind aus den Segeln nehmen...

Vorgezeichneter Weg

Der Bundesrat wird über die Gutheissung der paraphierten Abkommen und die Eröffnung der Vernehmlassung über das Paket zur «Stabilisierung und Weiterentwicklung des bilateralen Wegs» vor dem Sommer entscheiden. Die Abkommen werden derzeit in die Amtssprachen des Bundes übersetzt. Der Bundesrat will die Abkommen in der Originalfassung gemeinsam mit den Übersetzungen und den innenpolitischen Gesetzesmassnahmen als Teil der Vernehmlassungsdokumente veröffentlichen. Vorbehaltlich der Entscheidung des Bundesrates wird die Unterzeichnung der Abkommen voraussichtlich im ersten Quartal 2026 erfolgen. Die ausgehandelten Rechtstexte umfassen rund 800 Seiten.

Geheimdiplomatie

Geheimdiplomatie ist eigentlich vorbei. Aber Bundesrat Ignazio Cassis verteidigt sie wie einst im Ancien Regime. Die Schweiz ist nicht auf Geheimdiplomatie gebaut. Hier debattieren das Volk und seine Vertreter offen, auch über die Aussenpolitik. Dass die Unterhändler und der verantwortliche Bundesrat den Stimmen in der Schweiz keinerlei Beachtung schenken, zeigt auch, dass sie vor allem Angst vor dem Volk haben. Der Verzicht auf das obligatorische Referendum für die EU-Abkommen vertieft diese unschweizerische Haltung noch.



Dem Volk ist schwer zu erklären, wie man etwas paraphieren kann, ohne dass es zuvor genehmigt wurde.

Bild: Adobe Stock

AUS DEM KANTONS RAT

ZKB – Zürcher Klimabank

An diesem Montag standen die Geschäftsberichte der Zürcher Kantonalbank und der Elektrizitätswerke auf dem Programm. Gesprochen wurde allerdings nicht in erster Linie über Finanzen und die Stromversorgung, sondern wieder einmal übers Klima. Am Nachmittag wurde es dann noch chaotisch.



Tobias Infortuna
Kantonsrat SVP
Egg

Nachhaltigkeit, Frauenquote, Klimabericht. Normale Menschen würden hierbei nicht an ein Finanzinstitut denken, aber im Kantonsrat sitzen Politiker, das ist etwas anderes. André Bender, Politiker UND normaler Mensch, würdigte für die SVP den hohen Gewinn der ZKB, der über der Milliardengrenze lag, wies aber auch auf die steigenden Personalkosten hin und wunderte sich über den hohen Stellenwert, den der Klimabericht einnimmt. Dieser hatte eine Kostenfolge von 140 Millionen Franken. Angesichts der Tatsache, dass andere Grossbanken tief gefallen sind, priorisiert die Mehrheit im Parlament die Themen eher seltsam. Einem Sprecher der SP gelang sogar das Kunststück, betreffend ZKB ausschliesslich über das Klima zu sprechen. Und damit meinte er nicht die Überhitzung seines Denkorgans. Andere Redner beschränkten sich zwar nicht auf das Klima, fügten mit dem Thema Frauenquote allerdings auch nicht etwas hinzu, das zum Kerngeschäft einer Bank gehört.

Die Sonnentänzer der EKZ

Beim Geschäftsbericht der Elektrizitätswerke verhielt es sich ähnlich. Nach viel Eigenlob des EKZ-Verwaltungsratspräsidenten wies René Truninger im Namen der SVP darauf hin, dass die im letzten Jahr gebauten 4000 Solaranlagen einen massiven Ausbau der Netzinfrastruktur zur Folge haben. Das kostet wöchentlich zwei Millionen Franken, was die Kunden mit dem Strompreis zu spüren bekommen werden.

Die EKZ predigen zur Freude der linksgrünen Ratsseite weiterhin den teuren Ausbau von Solar- und Windkraftanlagen, ohne das Problem der Speicherung anzuerkennen. Im Winter können die EKZ-Chefs noch lange einen Sonnentanz aufführen, wir brauchen trotzdem die Atomkraft aus Frankreich.

Noch mehr Sozialhilfe?

Nachdem der erhobene grüne Zeigefinger mehrfach Verwendung gefunden hatte, durfte die SVP einen Erfolg verbuchen. Es ging um das Sozialhilfegesetz und um die Frage, ob die Arbeit der demokratisch gewählten Behördenmitglieder dem Sozialdienst übertragen werden soll. Das hätten die Linken gerne gehabt, ist die Sozialindustrie doch fest in ihrer Hand und bekannt dafür, grosszügig Geld zu verteilen. Weil das linksgrüne Lager aber zwei Absenzen mehr als die Bürgerlichen zu verzeichnen hatte, ging die Abstimmung mit nur einer Stimme Differenz zugunsten der SVP aus.

Chaoten am Nachmittag

Am Nachmittag stand die Anti-Chaoten-Initiative auf der Traktandenliste. Anita Borer (SVP) betonte, dass die Linke

die Stimmbevölkerung nicht respektiere und darum die Umsetzung zurückweise. Die Bevölkerung jedoch hat genug von Strassenschlachten und Sachbeschädigungen. Die anständige Bevölkerung muss immer für alles bezahlen, die gewalttätigen Chaoten hingegen nicht. Die Sprecherin der SP sah die Grundrechte bedroht. Doch Gewalt ist nun einmal kein Grundrecht, weshalb die Krawallmacher für ausserordentliche Polizeieinsätze unbedingt zur Kasse gebeten werden müssen. So sah es auch die Ratsmehrheit.

Danach kam noch die SVP-Interpellation bezüglich straffälliger Asylanten zur Sprache. Die Zahl dieser Kriminalen ist massiv gestiegen. Die SVP fordert ein härteres Durchgreifen und musste sich deshalb einmal mehr den Vorwurf des Rassismus anhören. Für Linke sind kriminelle Asylanten nur missverständene Engel. Nichts Neues unter der Sonne also. Bevor diese Sonne unterging, erhitze sie aber noch einmal die Debatte ums Klima. Die bösen grossen Autos sollten gemäss Kantonsräten der Grünen dank Zusatzabgaben reduziert werden. Die Mehrheit bewahrte einen kühlen Kopf und verwarf dieses Anliegen.



Randalierer müssen zahlen, wenn Demonstrationen ausarten: Das will der Gegenvorschlag zur «Anti-Chaoten-Initiative». Bild: Screenshot Youtube/Kanton Zürich

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Effektive Rückführung von straffälligen Asylmigranten und -migrantinnen



Anita Borer
Kantonsrätin und
Vizepräsidentin
SVP Kanton Zürich
Uster

Es sind Fälle, die es nicht geben dürfte und die dennoch Realität sind: Asylmigrantinnen und -migranten, die – teilweise mehrfach – straffällig wurden, offenbar nicht integrierbar sind und dennoch nicht ausgeschafft werden können. Die SVP hat daher mit einer Interpellation bei der Zürcher Sicherheitsdirektion nachgehakt und Zahlen zur aktuellen Asylsituation gefordert.

Die Antwort der Regierung auf die IP zeigt es eindrücklich auf und auch die Kriminalitätsstatistik spricht eine klare Sprache: Wir importieren Kriminalität und lassen es tragischerweise zu. – Die Zahl der beschuldigten Asylmigranten hat sich insgesamt innerhalb eines Jahres – von 2022 auf 2023 – mehr als verdoppelt. – Die Anzahl Beschuldigter mit Status S hat sich sogar verdreifacht. Wenn man die aktuelle Kriminalitätsstatistik von 2024 anschaut, setzt sich dieser Negativtrend weiter fort; und zwar in bedenklichem Ausmass. – Ebenso eindrücklich sind die vielen Rückkehr-Pendenzen (536). Auch wenn der Kanton Zürich im Vergleich mit anderen Kantonen gut dasteht, müssen wir uns bewusst sein, dass es sich dabei um Illegale handelt, die sich weigern, auszureisen und wohl mehrheitlich aus nicht kooperativen Ländern stammen.

Das Schlimmste ist, dass sich abgewiesene Asylmigranten und Personen ohne Aufenthaltsrecht oftmals noch frei bewegen können, auch wenn ein Strafverfahren gegen sie eröffnet wurde. Es sind bedenkliche Entwicklungen, die uns grosse Sorgen bereiten.

Mit den beschränkten Möglichkeiten, die wir kantonal haben, um die Asylproblematik anzugehen, können wir nur immer wieder an Bundesbern und Asylminister Beat Jans appellieren. Wer in unser Land kommt und kriminell wird, hat nichts bei uns verloren. Die SVP fordert deshalb mit Nachdruck und mit klarem Appell in Richtung Bundesbern:

1. Die Wiedereinführung von Grenzkontrollen.
2. Eine rasche und systematische Überprüfung des Schutzstatus S, damit dieser nicht weiter missbraucht werden kann.

3. Nicht integrierbaren und straffälligen Migranten muss der Aufenthaltsstatus entzogen werden. Der Druck auf die anderen Länder, um Rücknahmeabkommen abzuschliessen, muss erhöht werden.

Es ist uns bewusst, dass der Kanton Zürich begrenzte Möglichkeiten hat, um effektiven Einfluss auf die Asylpolitik zu nehmen. Als Vertreter eines einflussreichen Kantons erwarten wir jedoch von der Zürcher Regierung, dass sie alle Möglichkeiten ausschöpft. Konkret heisst das für uns:

1. dass der Regierungsrat weiterhin den Druck auf die Bundesasylpolitik aufrechterhält;
2. dass sie auch das Zahlenmaterial zu den verurteilten Asylmigranten vom Bundesamt für Statistik einfordert. Für die Transparenz und das Aufzeigen der wahren Probleme wäre das wichtig;
3. dass der Kanton Zürich nicht nur weiterhin Druck auf Bern macht, sondern sich auch mit anderen Kantonen zusammentut. Zürich zahlt viel in den Finanzausgleich, dafür darf erwartet werden, dass auch die anderen Kantone mitziehen und mit Zürich eine konsequente Asylpolitik beim Bund einfordern.

Die Schweiz hat im Vergleich zu den umliegenden Ländern den mit Abstand höchsten Ausländeranteil. Die Schweiz leistet eine wahnsinnige Integrationsarbeit. Doch genug ist genug. Wir dürfen uns nicht länger auf der Nase herumtanzen lassen. Wir müssen unsere humanitäre Tradition schützen, indem wir konsequent sind – und dieser Grundsatz ist glasklar und gesetzlich so festgehalten: Wer an Leib und Leben bedroht ist, erhält Asyl; wer es nicht ist und unser Gastrecht sogar mit Füssen tritt, indem er kriminell wird, muss unser Land verlassen. Wir wiederholen das gerne so lange, bis es endlich so gehandhabt wird.

Die aktuell lasche Asylpolitik des Bundes gefährdet den Frieden in unserem Land und schadet auch all den Ausländerinnen und Ausländern, die sich hier integrieren wollen und sich an unsere Regeln halten. Wir erwarten eine konsequente Asylpolitik von Kanton und Bund – denn unsere Bevölkerung hat ein Recht auf Sicherheit.

Das Votum im Kantonsrat als Video:



Wer unser Gastrecht mit Füssen tritt, indem er kriminell wird, hat unser Land zu verlassen. Bild: Adobe Stock

WORTE DES PARTEIPRÄSIDENTEN

Fake News der Zürcher Regierung

Wenn der Kanton Zürich Medienmitteilungen verschickt, rechnet man mit seriösen Informationen. Doch was die Volkswirtschaftsdirektion kürzlich zum Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Arbeitsmarkt veröffentlicht hat, ist nichts anderes als politisch motivierte Ablenkung – oder deutlicher gesagt: Fake News.

Unter dem wohlklingenden Titel «Drei Viertel der Zuwanderer sind erwerbstätig» versucht die Regierung, den Eindruck zu erwecken, die Zuwanderung sei in ihrer heutigen Form nicht nur unproblematisch, sondern gar nötig für unseren Wohlstand. 76 Prozent der Zugewanderten seien erwerbstätig – klingt nach viel, ist aber in Wahrheit ein miserabler Wert. Denn: Die Studie blendet den gesamten Asylbereich, Schutzsuchende und die nichtständige Wohnbevölkerung einfach aus. Dabei wissen wir: Genau dort liegt ein grosser Teil des Integrations- und Sozialproblems.

Statt ehrlich aufzuzeigen, dass über 20 Prozent der «erwerbsfähigen» Zuwanderer nicht arbeiten, wird der Fokus auf jene Gruppen gelenkt, die ohnehin privilegiert sind – etwa hoch-

qualifizierte Softwareentwickler oder Finanzspezialisten, die über internationale Firmen nach Zürich kommen. Doch auch diese Personen belasten unser System: Wohnungen für «eusi Lüüt» sind Mangelware, die Verkehrsinfrastrukturen überlastet und die Überfremdung unseres Kantons überall spür- und erlebbar.

Massenzuwanderung und Kriminalität werden verschwiegen
Zurück zur Medienmittelung aus der Volkswirtschaftsdirektion: Besonders dreist ist, dass die Zuwanderung sogar als demografische Verjüngungskur gefeiert wird. Dass unser BIP pro Kopf seit der Einführung der Personenfreizügigkeit stagniert und die negativen Begleiterscheinungen der Massenzuwanderung immer drückender werden, bleibt unerwähnt. Genauso wenig wird thematisiert, dass viele Zugewanderte in der Kriminalitätsstatistik überproportional vertreten sind – auch das ein Fakt, den man offenbar lieber verschweigt.

Es ist diese Art von gezielter Desinformation, die das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik un-

tergräbt. Die Zürcher Regierung präsentiert Halbwahrheiten als wissenschaftliche Erkenntnisse – mit dem klaren Ziel, die Debatte zu verzerren und die Forderungen der SVP zu torpedieren.

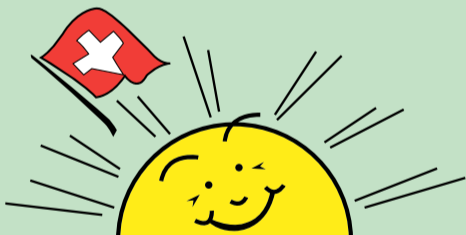
Wir lassen uns durch solche Ablenkungsmanöver nicht beirren. Wir fordern eine ehrliche Auslegeordnung und Analyse der Zuwanderung. Wir wollen keine PR-Studien, sondern eine Politik, die den Mut hat, Probleme beim Namen zu nennen – und zu lösen. Die Bevölkerung hat ein Recht darauf, zu erfahren, was wirklich ist.

Die SVP bleibt die einzige Kraft, die sich konsequent für eine kontrollierte Zuwanderung einsetzt – mit Kontingenten, Grenzschutz und dem Willen zur Wahrheit. Für eusi Lüüt!



von
Domenik
Ledergerber

Die Redaktion des Zürcher Boten wünscht Ihnen allen ein frohes Auffahrtswochenende!



Scannen Sie den QR-Code, um die aktuellen Videos der SVP Kantonsratsfraktion zu sehen.



FREIHEIT BEGINNT MIT DEM WORT

Zum Wert der Meinungsäusserungsfreiheit in der Demokratie

Was ist Freiheit anderes als das Recht, seine Meinung zu sagen, ohne dafür Repression befürchten zu müssen? Diese scheinbar einfache Frage berührt den Kern jeder funktionierenden Demokratie – und doch wird genau dieses Recht heute zunehmend infrage gestellt. In einer Zeit, in der Konformität zur Tugend und Widerspruch zur Straftat erklärt wird, erinnert uns die Meinungsäusserungsfreiheit daran, dass echte Demokratie nur dort gedeiht, wo das offene Wort nicht kriminalisiert wird.



Die einzige Freiheit, die verdient, diesen Namen zu tragen, ist die Freiheit, nach unserem eigenen Gutdünken unseren Lebensweg zu wählen, zu denken, zu fühlen und zu sprechen. Diese Freiheit – das Recht, das Unausgesprochene auszusprechen – ist heute unter Beschuss. Wer es wagt, politisch inkorrekte Wahrheiten zu benennen, riskiert nicht nur gesellschaftliche Ausgrenzung, sondern zunehmend auch juristische Konsequenzen. Besonders deutlich wird dies an aktuellen Fällen, die im Wesentlichen Vertreter der Schweizerischen Volkspartei betreffen.

Verpolitisierung des Justizapparates
Ein Beispiel ist der Zürcher Alt Nationalrat Claudio Zanetti, der sich derzeit mit einer Anklage wegen Diskriminierung und Aufruf zu Hass konfrontiert sieht. Anlass war ein Repost auf der Plattform X, in dem ein Bild des israelischen Armeesprechers Arye Sharuz Shalicar gezeigt wurde: Eine israelische Faust zerschlägt ein Hakenkreuz in

den Farben Palästinas, begleitet vom Slogan: «Nie wieder ist jetzt! Komme, was wolle.» Zanetti teilte diese Grafik, um seinen Protest gegen den Terror der Hamas auszudrücken. Dennoch sieht die Staatsanwaltschaft Zürich darin einen strafbaren Aufruf zu Hass. Dass ein politisches Statement gegen islamistischen Terror nun als potenziell kriminell eingestuft wird, ist besorgniserregend – insbesondere, wenn man bedenkt, dass Zanetti auf seinem Profil explizit darauf hinweist, dass geteilte Inhalte nicht zwingend seine persönliche Meinung widerspiegeln. Dieser Fall zeigt deutlich: Nicht mehr nur das gesprochene Wort, sondern auch geteilte Inhalte können zu juristischen Konsequenzen führen – eine Entwicklung, die jeder freiheitsliebende Bürger mit Sorge betrachten muss. Noch drastischer ist der Fall von Kantonsrat Patrick Walder. Der Zürcher Bote hatte bereits in der letzten Ausgabe über den Freispruch des früheren Kantonalpräsidenten berichtet. Im Zentrum der Anklage stand eine Medienmitteilung der SVP, in welcher der tragische Tötungsfall vom Sommer 2019, bei dem ein Eritreer einen achtjährigen Buben und dessen Mutter vor einen Zug stiess, zur Sprache kam. Die SVP des Kantons Zürich kritisierte damals das Versagen in der Asylpolitik und forderte Konsequenzen. Dass diese berechtig-

te Kritik Jahre später vor Gericht landen musste, zeigt, wie stark der politische Diskurs unter Druck geraten und zum juristischen Minenfeld geworden ist. Wer als Volksvertreter die Sorgen der Bevölkerung artikuliert, riskiert heute Strafverfahren. Das ist nicht nur ein Angriff auf die Meinungsäusserungsfreiheit – das ist ein Angriff auf das Herz unserer Demokratie.

Gefahr der inneren Zensur und gesellschaftlicher Stillstand
Die SVP steht in dieser Debatte für eine einfache, aber grundlegende Wahrheit: Die Demokratie lebt vom Widerspruch, nicht vom Gleichklang. Sie braucht den Streit der Ideen, nicht den Konsens der Empfindlichen. Wenn man heute schweigt, weil man morgen angeklagt werden könnte, ist es nicht mehr weit zur inneren Zensur – und zur Aufgabe der Freiheit. Es ist kein Zufall, dass genau jene Kräfte, die für eine umfassende staatliche Bevormundung eintreten, gleichzeitig die Meinungsäusserungsfreiheit einschränken wollen. Denn wer den Bürger entmündigt, muss auch verhindern, dass er sich dagegen wehrt – mit Worten, mit Gedanken, mit öffentlichen Aussagen. Deshalb kämpft die SVP nicht nur für sichere Grenzen, tiefere Steuern und weniger Kriminalität. Die SVP kämpft für das Recht, die Dinge beim Namen zu nennen – auch wenn es wehtut, auch wenn es unbequem ist, auch wenn es politisch inkorrekt ist. Denn echte Demokratie beginnt nicht im Parlament oder an der Urne – sie beginnt im Kopf und im Herzen freier Menschen, die sich trauen, ihre Meinung zu sagen. Die Meinungsäusserungsfreiheit ist kein Luxus der Mehrheit, sondern das Schutzschild der Mindermeinung. Wer das politische Gegenüber zum Schweigen bringen will, zeigt, dass er keine Debatte sucht, sondern Kontrolle – und das ist mit einer offenen Gesellschaft unvereinbar. Die SVP steht für eine Schweiz, in der das freie Wort nicht zum Risiko wird, sondern Recht bleibt – für alle, auch und gerade für jene, die sich gegen den Strom stellen. Denn Freiheit ohne Meinungsäusserungsfreiheit ist keine Freiheit. Und eine Demokratie, die Kritik nicht aushält, hat ihre Seele verloren.



Eine Gesellschaft, die keine Kritik mehr zulässt, ist dem Untergang geweiht. Bild: Adobe Stock

ZUSAMMENKUNFT EHEMALIGER RATSMITGLIEDER

Alt-Räte bestaunen Oldtimer

Der Anlass für die ehemaligen Räte führte dieses Jahr nach Safenwil ins Classics Event Center der Emil Frey AG. Unternehmer und Alt Nationalrat Walter Frey begrüßte die drei Dutzend Interessierten persönlich und führte sie in einem Querschnitt mit Film und Vortrag durch 100 Jahre Emil Frey AG.



Was 1924 mit einer kleinen Werkstatt für Fahr- und Motorräder begann, entwickelte sich mit viel Arbeit, bester Qualität und exzellentem Unternehmergeist zu einem der 500 grössten Familienunternehmen der Welt. Über 20 000 Arbeitsplätze in 15 Ländern und verschiedensten Branchen und natürlich auch ganz viele Lehrstellen werden von der Emil Frey AG angeboten. Walter Frey legt, wie bereits sein Vater Emil, grossen Wert darauf, dass nicht die Grösse, sondern die Qualität und die guten Dienstleistungen massgebend für den Erfolg seiner Firma sind. Sein Vater habe in den 1940er-Jahren mit einem Lineal einen Strich von West nach Ost und von Süd nach Nord gemacht. In der geografischen Mitte der Schweiz – Safenwil – werde sicher einmal eine Autobahn entstehen. Dort habe er Land erworben und 1952 das Carrosseriewerk Safenwil eröffnet. Heute liegt das immer grösser gewordene Firmenareal links und rechts der viel befahrenen A1. Nach Kaffee und Gipfeli und der Begrüssung durch die Organisatorin, Alt Kantonsrätin Theres Weber-Gachnang, ging es ins Oldtimer-Museum. Benzin im Blut, Öl an den Fingern, Freude an mechanischen Getrieben und Motoren oder ganz einfach Sinn für Eleganz, Qualität und schöne und sehr gepflegte Autos aus allen Jahrgängen – da gab es für alle viel zu sehen und zu bestaunen.

SVP: Wichtiger denn je!
Beim anschliessenden Apéro begrüßte Kantonalpräsident und Kantonsrat Domenik Ledergerber die Gruppe. Er betonte, wie wichtig es sei, sich für die

Freiheit einzusetzen. Dass die Meinungsäusserungsfreiheit mit politisch motivierten Anzeigen wie jener gegen Kantonsrat Patrick Walder mit Füssen getreten werde, sei nicht akzeptabel. Man müsse den Finger auf wund Punkte legen dürfen. «Dass die Presse Aussagen nach Gutdünken abändert, ist unschön, aber wir dürfen uns nicht alles gefallen lassen. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung – es braucht die SVP heute mehr denn je.»

Politik für die Basis machen
Das Essen war vorzüglich und der Service im Clubraum des Classics Event Centers ebenfalls. Der Kantonsratsfraktionspräsident Tobias Weidmann freute sich über die Einladung. Es sei schön zu sehen, dass auch die ehemaligen Räte noch Kontakte pflegten und jährliche Treffen organisiert würden. Für ihn war der 18. Mai ein denkwürdiger Tag – leider im negativen Sinn: «Wenn SVP, FDP, Die Mitte, GLP und EDU zusammen mit allen Wirtschaftsverbänden eine Steuerabstimmung in unserem Kanton nicht mehr gewinnen können, ist die Lage ernst. Die Basis wurde offensichtlich nicht erreicht und wir müssen daraus lernen.»

Ein weiteres Anliegen beider Herren war die Zuwanderung. Sie erdrückt unsere Bürger, sei es beim Eigentum, beim Verkehr oder in den Schulen. Die Schweizer Werte müssen erhalten bleiben – die SVP bleibt dran. Ueli Betschart und Felix Hess, beide auch im OK, ergriffen noch das Wort. Ueli würdigte die verstorbenen Mitglieder und Felix bedankte sich für die gelungene Organisation. Die Gemütlichkeit und der Austausch von Erinnerungen und Neuigkeiten gehören natürlich auch zu diesem Anlass, bevor man sich im Laufe des Nachmittags wieder verabschiedet. Ein grosser Dank gebührt Walter Frey, der uns diesen interessanten Besuch ermöglicht hat!



Drei Dutzend interessierte Alt-Räte im Classics Event Center. Bild: zVg



Theres Weber-Gachnang dankt Walter Frey für das Gastrecht. Bild: zVg

Wir suchen DICH!

Aktive Bürger für Gemeinderat – Schulpflege - RPK

Ein öffentliches Amt ist INTERESSANT - ABWECHSLUNGSREICH - LOHNEND

Interessiert? Hier gibt's Informationen aus erster Hand von:

- **Therese Schläpfer** a/Gemeinderätin, a/Gemeindepräsidentin, a/Nationalrätin
- **René Isler** Kantonsrat, ehemaliger Stadtparlamentarier Winterthur
- **Marco Graf** Stadtparlamentarier Winterthur
- **Begrüssung:** Urs Wegmann, Kantonsrat, Bezirkspräsident SVP

Wo: Restaurant Riedmühle, 8474 Dinhard

Wann: 5. Juni 2025 um 19:00

Alle sind herzlich eingeladen! Ein Anlass der SVP Bezirk Winterthur

SCHWEIZER QUALITÄT

SVP BEZIRK ANDELFINGEN

Ordentliche DV in Rudolfingen

An der ordentlichen Delegiertensammlung der SVP des Bezirks Andelfingen in Rudolfingen stand nebst den Sachgeschäften ein Referat von Kantonsrat Ueli Bamert über die anstehende Abstimmung zum kantonalen Energiegesetz im Zentrum.

RoMü. «Das Jahr war für unseren Bezirk politisch intensiv und geprägt von grundlegenden Fragen zur Energiepolitik, zum Selbstversorgungsgrad der Schweiz und zur Stellung des ländlichen Raums», hielt Stefan Stutz vor den Delegierten und Gästen der SVP des Bezirks Andelfingen fest. Zugleich sprach er rückblickend von politisch wertvollen, thematisch relevanten und auch organisatorisch gelungenen gut besuchten Anlässen und Veranstaltungen. Er verwies aber auch auf den entschlossenen Widerstand gegen den Ausbau von Windkraftanlagen im Weinland. Zugleich setzt sich die Bezirkspartei für eine strukturelle Stärkung des Bezirks ein, indem man politisch die Einführung einer Bezirksmehrheit angestossen hat. Mit Blick auf die Kantonsrats- und Nationalratswahlen 2027 verwies Stutz auf die eingesetzte Findungskommission, welche die Basis für eine starke personelle Besetzung der Wahllisten legen wird. «Unser klares Ziel ist es, den Kantonsratssitz der Mitte zurückzuerobern und wieder zwei SVP-Kantonsräte im Weinland zu stellen», hielt Stutz abschliessend fest.

Bei den eigentlichen Sachgeschäften wurde eine kleine Statutenänderung betreffend Durchführung der Delegiertenversammlung genehmigt, welche nicht mehr im ersten Quartal, sondern Semester stattfinden muss. Zugleich informierte der Vorstand über die Reorganisation im Bezirksvorstand. Eine Arbeitsgruppe hat konzeptionelle Grundlagen für eine künftig effizientere Vorstandsarbeit geschaffen. In einzelnen Kommissionen, beispielsweise für das Netzwerk, Aktivitäten oder auch Öffentlichkeitsarbeit, wird themenspezifisch vertieft gearbeitet. Erfreuliches konnte Stutz betreffend die Mitgliederzahlen präsentieren. Während viele Parteien mit einem Schwund kämpfen, konnte die Weinländer SVP in-nerst Jahresfrist gar leicht auf 608 Mitglieder zulegen.

In einem abschliessenden Ausblick machte Stutz deutlich, dass man weiterhin die Ortssektionen aktiv begleiten und unterstützen wird. Zugleich wird ein Fokus auf neue Mitglieder gelegt, um vor allem den Anteil von jungen Mitgliedern zu erhöhen.

Stutz zeigte sich zugleich bezüglich der politischen Ziele kämpferisch: «Wir



Bezirkspräsident Stefan Stutz (links) mit Gastreferent Ueli Bamert, welcher für ein Nein zum kantonalen Energiegesetz votierte.

Bild: RoMü

wollen in den Gemeinde- und Bezirksbehörden die stärkste Kraft sein und die Themenführerschaft bei allen SVP-relevanten politischen Aspekten im Bezirk einnehmen.» Die Bezirkspartei will auch das Beziehungsnetz zu allen befreundeten Organisationen noch enger knüpfen, um starke Allianzen zu schmieden.

Mit Blick auf die Aktivitäten wird weiterhin jeweils am ersten Mittwoch in den ungeraden Monaten entweder zu einem Polit-Lunch oder -Diner eingeladen. Zudem wird man am Jahrmarkt in Andelfingen präsent sein und auch die Anlässe in den Sektionen unterstützen.

Energiegesetz ist nicht umsetzbar

Im zweiten Teil der Delegiertenversammlung orientierte Kantonsrat Ueli Bamert über die anstehende Abstimmung über das kantonale Energiegesetz. Das nationale Energiegesetz fordert, dass bis 2050 die in der Schweiz anfallenden von Menschen verursachten Treibhausgasemissionen null betragen. Der Kanton Zürich will dies mit seinem kantonalen Energiegesetz bereits 2040 erreichen. Dies bewog die kantonale SVP, das Referendum zu ergreifen, damit das Zürcher Stimmvolk das letzte Wort hat. Bamert sprach dabei mit

Blick auf die extremen Klimaziele gar von einem Zürcher Klimawahn. Fossile Energieträger wie Gas, Kohle oder Öl dürfen nicht mehr genutzt werden. Zugleich wird auch der Ablasshandel mittels Kompensation durch den Kauf von Zertifikaten verboten. Bamert verwies dabei auf eine Aussage vom ehemaligen ETH-Präsident Lino Guzzella: «Das Klimaziel weltweit bis 2050 zu erreichen, ist nicht möglich.» Nun will der Kanton Zürich noch vorpreschen und die Netto-Null-Ziele bereits in 15 Jahren erreichen. Konkret heisst dies, dass bis 2040 keine Verbrennungsmotoren mehr im Einsatz sind und dass Heizungen mit fossilen Energieträgern ersetzt sein müssen. Zudem hat die Fliegerei ein Ende und auch die Urproduktion wie die Land- oder Forstwirtschaft muss mit Motoren ohne fossile Treibstoffe auskommen. Zugleich verlangt dieses Ziel, dass die Ernährung völlig umgestellt und dabei unter anderem der Konsum von Fleisch wie auch jener von vielen Südfrüchten massiv eingeschränkt werden muss.

«Netto-Null bis 2040 oder bereits in 15 Jahren bedeutet, dass immer mehr Verbote und Einschränkungen nötig sind und explodierende Kosten resultieren, was zu einem Wohlstandsverlust führt», hielt Bamert abschliessend warnend fest.

MEDIENMITTEILUNG DER SVP STÄFA

Geplante Um- und Einzonung Sportanlage Frohberg

Die SVP Stäfa nimmt kritisch Stellung zur geplanten Erweiterung der Sportanlage Frohberg in Stäfa. Die unwiederbringliche Zerstörung von Fruchtfolgeflächen ist verantwortungslos und lässt sich nicht in Einklang mit dem ausgeprägten Willen der Stäfner Bevölkerung zum Schutz von Natur und Biodiversität bringen.

Landwirtschaftsland bester Güte für einen Kunstrasen zu opfern ist strategisch falsch. Da auch keine anderweitige Überbauung der betroffenen Parzelle absehbar ist und die Gemeinde den Bau des Kunstrasens erst auf die Jahre 2032/2033 vorsieht, besteht heute auch keine Dringlichkeit für diese Umzonung. Wer heute auf einen Platz im FC Stäfa wartet, profitiert frühestens in sieben Jahren von der zusätzlichen Kapazität.

Transparent, fair und nachhaltig

Auch aus sportlicher Sicht ist das Vorhaben des Gemeinderats nicht nachvollziehbar. Mehr als dreissig Stäfner Sportvereine leisten einen wichtigen Beitrag für die Gesundheit und den Zusammenhalt in der Gemeinde. Es ist unbestritten, dass der Breiten- und Jugendsport durch die Gemeinde unterstützt werden soll. Die Unterstützung privater Sportvereine mit öffentlichen Mitteln soll sich an objektiven Kriterien orientieren und muss demokratisch

legitimiert sein. Die SVP Stäfa setzt sich für eine transparente und faire Sportförderung ein. Die Gemeinde subventioniert den Sportverein FC Stäfa regelmässig mit erheblichen Summen, insbesondere indem sie seine Infrastruktur praktisch vollumfänglich trägt, zuletzt vor vier Jahren mit 800'000 Franken zur Sanierung des Kunstrasens samt Tribüne.

Derweil sind die öffentlichen Tennisplätze und die «Halle für Alle» sanierungsbedürftig, der Stäfner Segel- und der Ruderverein werden mit ihren weitgehend selbstfinanzierten Bauprojekten vertröstet, und auch die Schulsportanlagen weisen erheblichen Investitionsbedarf aus.

Eine Erweiterung der Sportanlage Frohberg verursacht erhebliche zusätzliche Kosten: nebst den beantragten 900'000 Franken für die Kompensation der Umzonung fallen weitere geschätzte 2,5 Millionen Franken für den Bau des neuen Kunstrasens an. Das übersteigt die Kapazitäten der Ge-

meinde. Statt einer kostspieligen Erweiterung fordert die SVP eine Optimierung und nachhaltige Sanierung der bestehenden Infrastruktur im Sinne der Sportstrategie 2030 des Gemeinderats.

SVP prüft Lancierung eines politischen Vorstosses

Die Partei weist ausserdem darauf hin, dass Ausgaben über drei Millionen Franken eine Urnenabstimmung erfordern und eine Zerstückelung des Geschäfts nicht zulässig ist. Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Partei die Rückweisung des Kreditantrags. Die Partei prüft aktuell die Lancierung einer Einzelinitiative, um die öffentliche Sportförderung transparent und fair zu gestalten, sodass das Gemeinwohl und die finanzielle Verantwortung der Gemeinde im Mittelpunkt stehen und der Gemeinderat vor Einzelinteressen geschützt wird.

Vorstand SVP Stäfa

DIE CLASSE POLITIQUE UND DIE ANGST VOR DEM VOLK

Demokratie in Gefahr

Beim drohenden EU-Anbindungsvertrag geht es vor allem um die Frage: Wollen wir an unserer direkten Demokratie festhalten? Denn eines ist klar: Wenn das Volk dem EU-Vertrag zustimmt, ist es mit der Mitbestimmung – wie wir sie kennen – aus und vorbei.



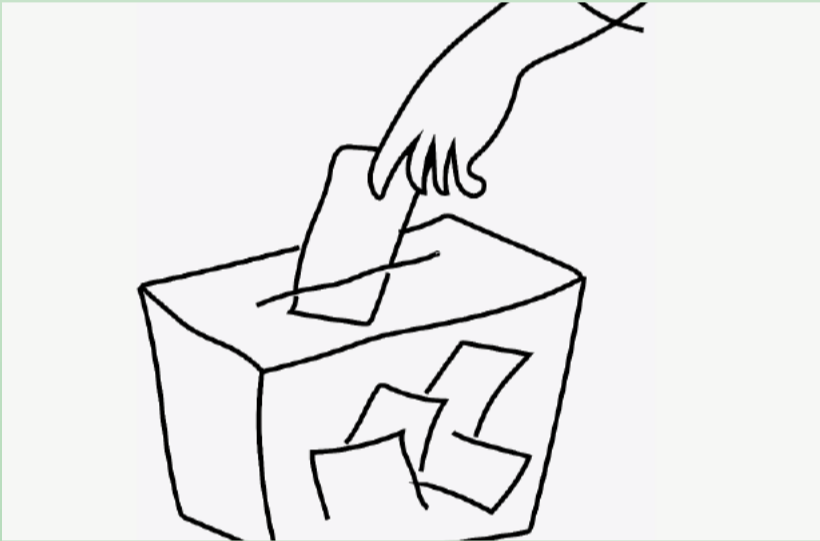
Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Wir können zwar immer noch Stimmzettel ausfüllen. Aber immer, wenn wir uns in Fragen des europäischen Binnenmarktes gegen den Willen der EU stellen, haben wir das Brüsseler Schwert im Nacken. Wenn der Entscheid nicht so herauskommt, wie die EU will, gibt es Sanktionen (schönfärberisch «Ausgleichsmassnahmen» genannt).

Das ist das Gegenteil von Demokratie, denn Demokratie ist die Herrschaft des Volkes. Es muss immer ein Ja oder ein Nein möglich sein. Doch mit dieser freien Ausübung des Stimmrechts wäre es mit dem EU-Unterwerfungsvertrag vorbei. Es handelt sich also um einen schwerwiegenden Eingriff in die Freiheit

unserer Stimmabgabe. Nun hatte die Classe politique noch nie wirklich Sympathie für die direkte Demokratie. Vielmehr sind die hierzulande ausgeprägten Rechte unserer Bürgerinnen und Bürger den Regierenden und ihrer Verwaltung in Bern ein störendes Ärgernis. Denn die Möglichkeit des «Mitregierens» unseres Volkes schränkt die Möglichkeiten und die Macht der Politiker und ihres Apparats ein – was natürlich lästig ist.

Aber genau dank dieses weltweiten Sonderfalls von Mitbestimmungsrechten auch in Sachfragen hat es die Schweiz zu Wohlstand, Stabilität und Rechtssicherheit gebracht. Die kurz-sichtige Classe politique sieht dies leider anders und will bei der kommenden Abstimmung sogar die Kantone ausbremsen. Das ist allerdings ein verheerendes Schwächezeichen. Als einzigen Grund für ein Ja hört man, wir müssten ein «gutes Verhältnis» zur EU haben. Einverstanden, aber nicht auf Kosten der Freiheit.



Dank des weltweiten Sonderfalls von Mitbestimmungsrechten auch in Sachfragen hat es die Schweiz zu Wohlstand, Stabilität und Rechtssicherheit gebracht.

Bild: Pixabay

SVP USTER

Bürgerliche Politik mit jungen und bewährten Kräften – vereint am Parteihöck in der Taverna Poseidon

Gastgeber Hans Denzler, Gemeinderat der SVP Uster, begrüusste diesmal die Gäste am Mai-Parteihöck der SVP Uster und gab einen Überblick über die aktuellen Themen, die lokal bewegen.

Herzlichen Dank an Naemi Dimmeler, Präsidentin der JSVP Kanton Zürich, für den engagierten Beitrag und den Einblick in die politischen Anliegen der nächsten Generation. Sie wies auf die Wichtigkeit der Jungparteien hin und zeigte am Beispiel von Kantonsrätin Anita Borer – auch einst Präsidentin der JSVP Kanton Zürich – auf, dass aus

Jungpolitikern oftmals auch kantonale und nationale Mandatsträger werden.

Solche Abende zeigen: Politisches Engagement lebt vom persönlichen Austausch – und genau dafür steht die SVP Uster.

Daniel Schnyder,
Gemeinderat und Präsident SVP Uster



Naemi Dimmeler engagiert sich stark für die politischen Anliegen der nächsten Generation.

Bild: SVP Uster

Fadegrad



von
Manuel Zanoni

Die Zentralisierer

Vor Gemeindefusionen loben die Befürworter jeweils die Sparmöglichkeiten in den Himmel. Alles ginge viel effizienter, weil man doppelte Stellen abbauen könne: weniger Gemeinderäte, nur noch eines statt zwei Feuerwehrdepots, günstigere IT oder eine professionellere Verwaltung. In der Realität treten diese Prognosen selten ein. Untersuchungen zeigen, dass die Kosten nach Gemeindefusionen gleich bleiben oder, was wahrscheinlicher ist, sogar steigen! Das ist keine Überraschung. Die Probleme werden oft unterschätzt. Die IT-Systeme lassen sich doch nicht zusammenlegen, was hohe Kosten verursacht, professionellere Verwaltungsangestellte verlangen mehr Lohn oder man erfindet einfach neue Aufgaben und Ämter. Viel schlimmer als die höheren Ausgaben ist aus meiner Sicht, dass das Vertrauen in den Staat verloren geht. Nach der Grossfusion im Kanton Glarus im Jahr 2011 – von 25 auf drei Gemeinden – hat die Stimmbeteiligung abgenommen. Gemeindeversammlungen werden weniger oft besucht. Die Glarner Bürger identifizieren sich weniger stark mit ihrem Wohnort. Das ist gefährlich. Je weiter weg die Bürger von den Politikern sind, desto weniger können sie die Politiker kontrollieren. Umso öfter greifen die Politiker zu und füllen sich ihre Taschen. Das Paradebeispiel für Bürgerferne und mangelnde Kontrolle durch den Bürger ist das EU-Parlament. Die Bezüge eines EU-Parlamentariers können über 20000 Euro im Monat ausmachen. Gleichzeitig ist die in Brüssel zentralisierte Macht anfällig für Lobbyisten. Wenn Macht verteilt ist, ist Einflussnahme schwieriger. Ein Porsche fahrender EU-Parlamentarier erregt in Brüssel denn auch kaum Aufmerksamkeit, weil ihn niemand kennt. Wenn jedoch der Herr Gemeindepräsident plötzlich mit so einem Luxuswagen durchs Dorf fährt, wirft das beim Bürger Fragen auf. Viele Zentralisierer wissen, dass Gemeindefusionen oder die Zentralisierung in Brüssel nicht zu tieferen Kosten und anderen Vorteilen führen. Sie haben oft anderes im Sinn. Sie sehnen sich nach mehr Macht, mehr Lohn und mehr Aufmerksamkeit, möglichst fern von der direkten Kontrolle des Bürgers. Das heisst nicht, dass jede Fusion schlecht ist. Auch sind gewisse Aufgaben besser auf höherer Ebene angesiedelt. Die Armee auf Bundesebene ist ein gutes Beispiel dafür, das Spitalwesen auf Kantonsebene ein anderes. Das Schweizer Prinzip ist: Gib nur so viel Macht wie unbedingt nötig an die obere Instanz ab. Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Darum habt Acht vor den Zentralisierern! Insbesondere vor denjenigen, die behaupten, dass durch Brüssel Milch und Honig fliessen.

AUS DEM DIETIKER GEMEINDERAT

Auch in Dietikon wollen die Linken die Tempo-30-Zonen ausbauen!

Und zwar nicht nur in Quartieren, sondern jetzt auch auf Strassen, auf denen der öffentliche Verkehr unterwegs ist.



Konrad Lips
Gemeinderatspräsident und
Fraktionspräsident SVP
Dietikon

An der Gemeinderatssitzung wurde über die Motion von Silvan Fischbacher (SP) berichtet. Diese verlangt eine Tempo-30-Zone auf der Schöneggstrasse in Dietikon. Begründung: Es sei wichtig wegen der Sicherheit und des Lärms! Fakt ist, dass schon mehrere Vorstösse zu diesem Thema gekommen sind, und zwar von einem Mitglied aus der gleichen Partei, das weit hinten an dieser Strasse wohnt! Heute wird sowieso der Lärm vorgeschoben, dass sie solche Anliegen durchbringen können. Der Stadtrat wollte die Motion abschreiben, somit wäre diese erledigt gewesen. Mit Hilfe der Mitte wurde diese als erheblich erklärt und ist somit nicht vom Tisch. Bei der ganzen Sache geht es nicht um die Sicherheit, sondern ein weiteres Mal gegen das Auto! Es wurde aber vergessen, dass es sich dabei um eine Strasse handelt, die auch für die Blaulichtorganisationen wichtig ist! Wir brachten diese Argumente im Rat vor, unterlagen dann aber schliesslich, da die linke Ratschälfte zustimmte. Also nicht nur die linken Parteien, sondern auch die linke Mitte, die bei uns in gewissen Themen mittlerweile linker als die SP ist. Dies ist nicht

weiter verwunderlich, da die Stadratsmitglieder der Mitte sich sehr links verhalten. So gut, so recht. Die Motion bleibt beim Stadtrat und wurde nicht abgeschrieben. Tempo 30 und Blitzzer Aber jetzt geht es weiter! An der besagten Strasse wurde eine Tempo-30-Strecke eingerichtet; dies wegen Bauarbeiten für die Sicherheit der Bauleute und aufgrund der Nähe zum Schulhaus Wolfsmatt. Man muss wissen, dass vor dem Schulhaus Wolfsmatt zwei Lichtsignalanlagen für die Zebrastreifen sind und so die Schüler einen grossen Schutz geniessen. Nun setzte Sicherheitsvorsteherin Catherine Stocker (Die Mitte) noch einen drauf und liess nach einigen Tagen einen Blitzzer anbringen! Nun hagelt es Bussen und der Unmut in der Bevölkerung steigt. Viele Anwohner haben schon eine Busse kassiert – nicht, weil sie rasen, sondern weil sie aus Gewohnheit die alte Geschwindigkeit fahren und es von einem Tag auf den anderen nun Tempo 30 heisst. Asylchaos bringt Gemeinden an den Anschlag Weiter beschäftigt uns auch noch der Ausbau von Asylunterkünften. Bis jetzt konnten wir viele Asylsuchende in Liegenschaften zur Zwischennutzung unterbringen, die jetzt abgebrochen werden. Mit deren Wegfall müssen wir jetzt neue temporäre Unterkünfte erstellen oder suchen.



Auf der Schöneggstrasse heisst es neu Tempo 30. Bild: Konrad Lips

SVP WALLISELLEN

Bereit für die Kommunalwahlen 2026

Die SVP Wallisellen hat an ihrer gut besuchten Parteiversammlung vom Donnerstag, 22. Mai 2025, die Weichen für die kommenden Kommunalwahlen gestellt. Deutlich mehr Mitglieder als üblich fanden sich in der Riedenerstube im Restaurant Doktorhaus ein – ein klares Zeichen für das wachsende politische Engagement und die breite Unterstützung in der Partei.

Im Zentrum des Abends stand die Nomination der Kandidierenden für die Erneuerungswahlen des Stadtrates und der städtischen Behörden im März 2026. Mit Adrian Bangerter, der für den Stadtrat und das Stadtpräsidium kandidiert, und Thomas Eckereder als bisherigem Stadtrat will die SVP mit zwei starken Persönlichkeiten in die Exekutive einziehen. Thomas Peter kandidiert für die Schulpflege, Melanie Wechsler für die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission, und Yves Hürlimann für die Sozialbehörde. «Unser Team ist bereit, Verantwortung zu übernehmen. Es vereint Kompetenz, Bürgernähe und einen klaren Gestaltungswillen für unser Wallisellen», sagte Esther Müller, die gemein-

sam mit Daniela Rinderknecht das Wahlkomitee leitet, bei der Vorstellung der Nominierten. Mit klarem Profil anpacken Die SVP Wallisellen geht mit einem klaren politischen Profil in den Wahlkampf: Sie steht für eine Politik, die nicht bloss verwaltet, sondern gestaltet – sachlich, verantwortungsbewusst und mit gesundem Menschenverstand. Im Mittelpunkt stehen eine sichere, lebenswerte Stadt, stabile Finanzen ohne Steuererhöhungen, eine sorgfältige Stadtentwicklung, die die Identität bewahrt, und das klare Bekenntnis zu einem respektvollen Miteinander. «Wir wollen für Wallisellen arbeiten – offen im Dialog, klar in der Haltung und konsequent in der Umsetzung»,

betonte Adrian Bangerter im Rahmen seiner Vorstellung. Auch parteiübergreifende Zusammenarbeit ist der SVP wichtig. So nahm man erfreut zur Kenntnis, dass die FDP Wallisellen am selben Abend ihr Kandidatenfeld für die Wahlen präsentiert hat.

«Wir freuen uns auf einen partnerschaftlichen Wahlkampf mit der FDP und darauf, gemeinsam Verantwortung für eine bürgerliche Politik in Wallisellen zu übernehmen», so Esther Müller abschliessend. Die SVP Wallisellen zeigt mit dieser Nomination: Sie ist bereit, anzupacken. Für die Menschen. Für die Stadt. Für die Zukunft Wallisellens. Esther Müller, Vizepräsidentin SVP Wallisellen



v.l.n.r.: Yves Hürlimann, Thomas Peter, Melanie Wechsler, Adrian Bangerter, Thomas Eckereder. Bild: SVP Wallisellen

SVP Russikon

SVP Bezirk Pfäffikon

www.svp-russikon.ch

Tobias Weidmann

Kantonsrat
Präsident SVP Kantonsratfraktion

Freitag, 6. Juni 2025, 18.00 Uhr

Wildberg Käserei AG, Wildberg

Parteimitglieder, Gäste und Freunde
der SVP sind herzlich eingeladen

Apéro ab 18.00 Uhr anschliessend Führung durch die Käserei

Es hat noch freie Plätze!

Die Anmeldefrist wurde verlängert bis Sonntag 1. Juni 2025

Anmelden unter: <https://svp-russikon.ch/anmeldung>

Oder per Mail an: stefan.fehr@mysvp.ch

Wildbergstrasse 6, 8489 Wildberg

1. SCHWEIZER MILITÄRMARSCH ÜBER 100 KILOMETER

Ein starkes Zeichen für eine sichere Schweiz

Am vergangenen Wochenende ging am Freitagnachmittag der 1. Schweizer Militärmarsch an den Start. Bei der Durchführung wurde eng mit dem Unteroffiziersverein Zürcher Oberland und dem Militärmotorfahrerverein Zürcher Oberland zusammengearbeitet, die am selben Wochenende den Bachtelwettkampf im Raum Dübendorf durchführten, womit Synergien in der Kaserne Dübendorf genutzt werden konnten.



Daniel Wäfler
Kantonsrat SVP,
Hauptmann und Mitglied
Patronatskomitee
Gossau

Nach dem Einrücken der Marschgruppen in Dübendorf ging es nach dem Ausrüsten mit einer motorisierten Verschiebung auf den Uetliberg, wo pünktlich um 16.15 Uhr gegenüber dem ranghöchsten militärischen Gast, Brigadier Hugo Roux, gemeldet wurde. In ihren kurzen Ansprachen an die Marschpatrouillen hoben Regierungsrat Mario Fehr (parteilos) wie auch Brigadier Hugo Roux die Wichtigkeit des freiwilligen Engagements zugunsten der Sicherheit hervor. Mit Bezug auf die internationale Lage lobten sie die Leistungsbereitschaft der Marschteilnehmer als gutes Beispiel für die nötigen Anstrengungen zur Wiedererlangung der Verteidigungsfähigkeit der Schweizer Armee. Nach dem Abmelden erfolgte um 16.30 Uhr durch Hauptmann und Kantonsrat Daniel Wäfler (SVP) das Signal zum Start. Die motivierten Marschteilnehmer verliessen den Uetliberg in Richtung Säuliamt und Zugerland, um von dort über Neuheim und Freienbach ins Zwischenziel Rapperswil zu gelangen.

Vielzahl von Politikern dabei

Während die 100-Kilometer-Patrouillen durch die Nacht marschierten, machte sich in Fischenthal um 03.30 Uhr Bäckermeister und designerter Gemeindepäsident René Schweizer (SVP) an die Arbeit. Neben Kaffee und Gipfeli bereitete er eine stärkende Gerstensuppe für die Marschteilnehmer vor. Pünktlich um 05.30 Uhr baute er auf der Giessi-Wiese in Rapperswil den Versorgungsposten auf und konnte den durchnächtigten Marschierern eine willkommene Stärkung abgeben. Doch damit war es für ihn nicht vorbei. Um 08.30 Uhr trafen die Marschgruppen des 30-Kilometer-Marsches auf der Giessi-Wiese ein und kamen vor Marschbeginn in den Genuss der Tösstaler Stärkung. Der Start des 30-Kilometer-Marsches wurde von der regionalen Politik begleitet. So war neben dem Vorstandsmitglied der SVP Rapperswil-Jona, Hans Peter Rathgeb, und einer SVP-Delegation auch der SVP-Kantonsrat Walter Honegger (SVP) aus Wald als Marschteilnehmer auf der Giessi-Wiese, und der frischgewählte Hombrechtiker Schulpräsident Patrick Ender (SP) war ebenfalls an-

wesend. Um 08.45 Uhr begrüsste KR Wäfler die Anwesenden und beglückwünschte sie zum bevorstehenden Marscherlebnis bei schönem Wetter. Danach gab es vom Gemeindepräsidenten aus Hombrechtikon, Rainer Odermatt (FDP), eine Grussbotschaft an die Anwesenden. Sodann folgte eine Grussbotschaft vom neuen Fischenthaler Gemeindepräsidenten und Präsidenten der SVP des Bezirks Hinwil, René Schweizer. Er meinte, er freue sich, nun nach der Verpflegung der Anwesenden selbst den Marsch bestreiten zu dürfen. Im Anschluss gab Wäfler das Kommando zum Marsch und die Patrouillen nahmen den Weg nach Dübendorf unter die Füsse. Ein Teil der 30-Kilometer-Patrouillen marschierte nun gemeinsam mit den 100-Kilometer-Patrouillen direkt in Richtung Dübendorf, andere zum Schiessstand Hombrechtikon, wo sie von den Schützen erwartet wurden. Nach dem Feldschiessen verabschiedete man sich von den Schützen und folgte den anderen Patrouillen nach Dübendorf.

Alle Patrouillen kamen in der Müli Grüningen vorbei, wo ab 10.00 Uhr Gemeindepräsident Carlo Wiedmer (SVP) mit einer Stärkung aufwartete. Bei den 30-Kilometer-Patrouillen war neben dem Wasser auch noch der gute Grüninger Weisswein sehr gefragt. Nach der Grüninger Müli ging es dann dem Ziel, dem Innovationspark Dübendorf, entgegen. Nach 20 Stunden und 53 Minuten Marsch erreichten um 13.23 Uhr die Ersten des 100-Kilometer-Marsches das Ziel. Dieser Glanzleistung, die effektiv 108 Kilometer enthielt, schlossen sich nach und nach auch die weiteren Patrouillen an, bis um 16.35 Uhr auch die letzten Patrouillen mit den Kantonsräten Honegger und Wäfler sowie René Schweizer das Ziel samt Feldschiessen und effektiv 35 Kilometern erreichten.

Würdigung und verdiente Ruhe

Ein Apéro belohnte die Marschteilnehmenden, Helfer und Gäste am Ziel und vor der Abgabe der Marschdiplome hielt der Zürcher Kantonsratspräsident Beat Habegger (FDP) seine Rede zur Würdigung der Teilnehmer des Schweizer Militärmarsches. «Nach dieser Leistung verdienen sie ein Liegen lang», schloss er seine Rede. Nach dem Dank und dem Verteilen der Marschdiplome durch Kantonsrätin Jacqueline Hofer (SVP) meldete OK-Chef Wäfler den Schweizer Militärmarsch nach zwei erfolgreichen Tagen mit einem militärischen Gruss an die Anwesenden ab.



Mit vollem Elan am Start: René Schweizer, Fischenthaler Gemeindepräsident inspe und Präsident der SVP des Bezirks Hinwil, mit den beiden SVP-Kantonsräten Walter Honegger und Daniel Wäfler (v.l.n.r.). Bild: zVg



Die Marschteilnehmer und Gäste vor dem Start auf dem Uetliberg. Bild: zVg

Tanz der Behörden

Beinahe täglich haben wir irgendetwas mit einem Amt oder einer Behörde zu tun. Und im Alltag sind wir praktisch auch überall von politischen Entscheidungen betroffen. Mal bewusst, mal unbewusst. Politik ist ein sehr dehnbares Wort. Sie sind unterwegs und müssen dringend ihr Geschäft erledigen und auf die Toilette? Zum Glück gibt es öffentliche Klos. Bis zu deren Benutzung wurde bestimmt, überspitzt gesagt, zwei Jahre lang im Rathaus debattiert. Sie wollen einen Verein gründen, sich selbstständig machen, ein öffentliches Fest veranstalten, ein Restaurant eröffnen, ein Haus bauen oder einen Hundewelpen adoptieren? Egal, was es ist, es wird ein Hin und Her und es gilt, viele Gesetze und Vorlagen zu beachten.

Es ist eine Ansicht der Interessen. Viele sind sehr nützlich, manche weniger und wieder welche nützen gar nichts. Manchmal geht es einfach, vielfach ist es umständlich und kompliziert. Oder man will zum Beispiel einen Stand mit feinen selbstgemachten Gewürzwürsten, oder was auch immer, zu einem fairen Preis und natürlich ohne böse Absichten am Strassenrand aufstellen, um etwas zu verkaufen – da geht der Tanz mit den Behörden los. Man muss Anträge über Anträge stellen, Entscheidungen abwarten, Formulare ausfüllen, wieder abwarten, sich mit Ämtern auseinandersetzen. Irgendjemand hat wieder Einwände oder fühlt sich gestört. Wieder abwarten. Alles wird bis ins kleinste Detail kontrolliert und überprüft. Es dauert unter Umständen Monate oder gar Jahre und es braucht Geduld und Nerven. Vermutlich muss man auch noch einen Auszug des Betriebsamtes und des Strafregisters vorlegen. Kein Problem, wer nichts zu verstecken hat, spielt mit offenen Karten.

Nach unendlich langer Wartereie ist es hoffentlich bald geschafft und man freut sich, bald den eigenen Stand in Betrieb zu nehmen. Es muss aber seitens der Behörden noch abgeklärt werden, ob die offene Parkbusse vom letzten Monat bezahlt wurde. Das kann nochmals etwas dauern. Die Zahnräder der Bürokratie greifen schwerfällig ineinander. Teilweise spitzt sich das Ganze bis ins Absurde zu. Unfreiwillig komisch. Alle kennen doch solche Situationen und sind schon in die Fänge der Behörden geraten, egal wegen was. Ich bin auch dafür, dass etwas gründlich und ordentlich erledigt und kontrolliert wird, unbedingt. Aber dann bitte auch an der Grenze.

In der gleichen Zeit, in der sich die Behörden mit dem Wurststand verwursteln, überqueren nicht wenige, illegale Asylanten unsere offenen Grenzen. Da wird dann nichts kontrolliert oder hinterfragt. Oder nur oberflächlich und es werden grosszügig Ausnahmen gemacht. Wir haben trotz massi-

ver Zuwanderung, die nicht reguliert wird, immer noch einen Fachkräftemangel, heisst es. Dann lassen wir ja offensichtlich alles, ausser Fachkräften, in unser Land. Übrigens: Das Wort Fachkräftemangel löst bei mir ein grosses Misstrauen aus. Es gibt viele über 50-Jährige, die hier leben, die haben eine solide Ausbildung und werden trotzdem nicht eingestellt. Wie geht das auf? Sind sie zu teuer? Hier müsste ganz klar nach dem Inländerprinzip gehandelt werden. Zugleich sind bei den Behörden zu viele Stellen besetzt, die es vermutlich nicht einmal bräuchte. Je mehr Leute etwas in die Hand nehmen, desto komplizierter wird es. Es zeigt sich sehr schnell, wer von der Praxis oder der Materie eine Ahnung hat, und wer nur ein Schreibtisch-Theoretiker ist. Eine Busse, eine Rechnung oder eine Mahnung ist sehr schnell ausgestellt. Will man aber eine Auskunft oder hat eine Rückzahlung zugute, erwartet wichtige Dokumente oder hat sonst ein Anliegen, dann dauert es interessanterweise immer sehr lange. Ich denke, dass das mit der DNA der Beamten und Behörden zu tun hat, aber sie handeln sicher nicht absichtlich böswillig, sie verheddern sich einfach immer einmal wieder oder verfallen von Zeit zu Zeit in einen Sekundenschlaf. Am Reissbrett ein Szenario zu konstruieren, ist das Eine, das Umsetzen das Andere.

Es gibt sicher auch kompetente Staatsangestellte. Aber ich will mich nicht beklagen, im Gegensatz zum Ausland läuft hier dann vieles doch besser, meistens. Wir alle erinnern uns sicher auch noch an die zum grössten Teil sehr kuriosen Corona-Massnahmen. Da konnten der Staat und die Politik, allen voran das Selbstdarsteller-Ensemble um Monsieur Berset inkl. BAG plus Task-Force zeigen, was sie konnten; beziehungsweise eben nicht konnten, ausser sich in Szene zu setzen. Da kam der ganze Behördentanz so richtig in Schwung. Bestimmt meinten sie es nur gut mit uns und wollten nur das Beste für unsere Gesundheit. So traten sie jedenfalls auf.

Mir kam es anders rüber. Ich finde, jeder ist für sich selber verantwortlich; mit dem nötigen Respekt gegenüber anderen. Aber der Staat hat sich nicht in private Angelegenheiten einzumischen und einem zu sagen, mit wem man wo und wie zusammen sein darf und wann nicht. Die behördlichen Massnahmen, die absolut null Sinn machen, sie hier aufzuzählen, fange ich erst gar nicht an, das würde den Rahmen sprengen. Auch hier war die SVP, mit ganz wenigen Ausnahmen, die einzige Partei, die die Behörden und ihre Massnahmen kritisiert und hinterfragt hat. Alt Bundesrat Ueli Maurer war der Einzige Bundesrat, der sich öffentlich kritisch äusserte; mit allem Respekt gegenüber

gefährdeten Menschen. Trotz der Gelder, die vom Staat aufgeworfen wurden, waren die Massnahmen für viele extrem existenzschädigend.

Und diese Task-Force vom BAG zum Beispiel war in meinen Augen sowas von fehl am Platz. Die verdienten sicher einen sehr guten Lohn mit unserem Steuergeld. Nun, ich mag niemandem etwas Schlechtes gönnen, aber das war mehr als überflüssig. Ich konnte dieses Experten-Gremium beim besten Willen nicht ernst nehmen. Zu viele offensichtliche Widersprüche. Praktisch jede Prognose war falsch. Die Medienkonferenzen dieser Gruppe waren jeweils ein Trauerspiel sondergleichen. Und wenn ich das Wort Experte höre, bekomme ich sowieso immer wieder ein gesundes Mass an Zweifel, egal bei welchem Thema. Sie liegen mit ihren Einschätzungen ziemlich oft daneben. Da tauchten plötzlich Leute auf, von denen man vorher noch nie etwas gehört hat, und verkündeten ihre gut gemeinten Ratschläge und erstellen Prognosen, die meist gar nicht eintreten. Beispiele gibt es genug. Aber im Nachhinein ist man ja immer klüger.

Die Spaltung im Volk war perfekt und die Medien sowie grosse Teile der linksgrünen Parteien haben das zu verantworten. Diejenigen, die immer Toleranz predigen, sind die Intolerantesten. Das sind dieselben, die immer von Meinungsfreiheit reden, aber keine andere als die eigene Meinung tolerieren. Behörden und Ämter auf staatlicher oder kantonaler Ebene sind grösstenteils überbesetzt und zu teuer. Es gehen zu viele Steuergelder für Löhne bachab. In den privaten Unternehmen ginge so etwas nicht, die müssen eine Kosten-Nutzen-Rechnung machen, sonst rentieren sie nicht. Wenn sich der Bund immer mal wieder massiv verrechnet, wird das einfach durch mehr Steuereinnahmen ausgeglichen.

Der Staat sollte etwas mehr Verantwortung gegenüber dem Steuerzahler in der Schweiz haben und zuerst einmal beispielsweise die Renten sichern oder die Krankenkassen stabilisieren und schauen, dass es uns hier gut geht, anstatt Milliarden ins Ausland zu verschenken. Wir Schweizerinnen und Schweizer wollen, dass wir ernst genommen werden. Das Geld wäre da. Klar gibt es andere Ansichten aus anderen Lagern, das ist Demokratie und hat auch seinen Platz. Ein privater Haushalt könnte sich das nicht leisten und muss die Verantwortung selber tragen. Da muss man den Takt und den Rhythmus anpassen, um weiter zu tanzen. Die Freude und den Spass sollten wir trotz allem nicht vergessen. In diesem Sinne: Hoch das Tanzbein!

Dieter Näpfli-Graf,
Zürich

SVP WANGEN-BRÜTTISELLEN

Wechsel im Präsidium

An der diesjährigen Generalversammlung wurde nebst anderen Geschäften auch ein neuer Präsident gewählt.

An der Generalversammlung vom letzten Freitag, 23. Mai 2025, wählten die anwesenden Mitglieder nebst den weiteren Vorstandsmitgliedern auch einen neuen Präsidenten. Der Interimspräsident René Widmer wollte sein Amt nach zweieinhalb Jahren wieder in jüngere Hände geben. Er hatte als Vize das Präsidium im November 2022 nur interimswise vom Vorgänger übernommen, weil dieser aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig zurückgetreten war. Neu und mit Bravour wählten die anwesenden Mitglieder einstimmig Raphael Frei (32) – angehender Jurist bei der Bank Vontobel und bis anhin Beisitzer im Vorstand – zum neuen Präsidenten unserer Sektion.

Vorstand SVP Wangen-Brüttisellen



René Widmer (rechts) übergibt an Raphael Frei. Bild: SVP Wangen-Brüttisellen

Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook

www.facebook.com/svpzuerich

SVP DIGITAL



Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.





In den Sumpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.





Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von Alt NR Roger Köppel.





SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!





Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.



SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Andelfingen/Flaach
Samstag, 5. Juli 2025, 18.00 Uhr, Sommerfest, Worbighalle, Botzengasse 15, Flaach, mit Alt Bundesrat Ueli Maurer.

Bezirk Andelfingen/Laufen-Uhwiesen
Freitag, 4. Juli 2025, 18.30 Uhr, Grillfest, Schloss Laufen am Rheinflall, Dachsen, mit Nationalrätin Nina Fehr Düsel. Weitere Informationen und Anmeldung unter info@widiart.ch.

Bezirk Meilen
Donnerstag, 5. Juni 2025, 18.00 Uhr, Sommer-Grillabend, Schlattgut, Schlattstrasse 67, Herrliberg, mit Nationalrat Thomas Aeschi, Fraktionspräsident, und Kantonsrat Domenik Ledergerber, Präsident SVP des Kantons Zürich. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svpbezirkmeilen.ch.

Bezirk Uster/Dübendorf
Sonntag, 22. Juni 2025, 10.00 Uhr, Buurezmorge, Bauernhof der Familie Weber, Buenstrasse 11, Dübendorf, mit Nationalrat Mike Egger. Kosten: 35 Franken. Anmeldung bis 12. Juni 2025 unter veranstaltungen@svp-duebendorf.ch.

Bezirk Winterthur
Donnerstag, 5. Juni 2025, 19.00 Uhr, Informationsanlass zum Thema Gemeindebehörden, Restaurant Riedmühle, Riedmühlstrasse 86, Dinhard, mit den Kantonsräten René Isler und Urs Wegmann sowie Alt Nationalrätin Therese Schläpfer.

Stadt Zürich/Kreis 6
Samstag, 21. Juni 2025, 10.00 – 16.00 Uhr, SVP-Stand am Oberstrass Mäart, Haltestelle Rigiblick, Zürich.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsli, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden Dienstag, 16.00 – 21.00 Uhr, Restaurant Altes Gerichtshaus, Wehntalerstrasse 47, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Alterszentrum am Bach, Bistro, Bachstrasse 1, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 19.00 – 22.00 Uhr, mit Nachtessen, Ort siehe www.svp-staefa.ch.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Sommer-Grillabend SVP Bezirk Meilen





**Ehrgast
Thomas Aeschi**
Nationalrat / Zug
Präsident der SVP-Bundeshausfraktion

Wann 5. Juni 2025, ab 18.00 Uhr

Wo auf dem **Schlattgut** in **Herrliberg**

Kosten Fr. 60.- (inkl. Apéro und Nachtessen, Getränke vor Ort bezahlbar)

Anmeldung mit Angabe der Namen und durch Einzahlung bis spätestens 30. Mai auf: IBAN CH25 0900 0000 8005 2149 0

Parkplätze beim Schlattgut, Schlattstrasse 67, 8704 Herrliberg

Bei Fragen zur Einzahlung: Benno Müller, info@sunnmatt-lodge.ch zum Ablauf: Theres Weber-Gachnang, t.f.weber@bluewin.ch



Wir freuen uns auf einen schönen, feinen und interessanten Sommerabend!
Marc Wachter, Präsident SVP Bezirk Meilen



schönste Lage - gute Gesellschaft - spannende Gäste - feines Essen

IMPRESSUM

Zürcher Bauer
Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Der Zürcher Bote
Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6% MWSt (Ausland auf Anfrage). **Jahresabonnement Online:** Fr. 65.– inkl. 2,6% MWSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Sean Burgess, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zuercher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Insertatenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Insertatenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

Stadt Zürich/Kreis 11
Freitag, 30. Mai 2025, 18.00 Uhr, SVP-Polit-Apéro, Restaurant Bürgli, Seebacherstrasse 65, Zürich, mit Nationalrat Benjamin Fischer.

Stadt Zürich/Kreis 12
ABGESAGT: Freitag, 27. Juni 2025, 19.00 Uhr, Grillfest, Zürich. **NEUES DATUM FOLGT.**

Stadt Zürich/Kreis 11
Freitag, 27. Juni 2025, 19.30 Uhr, Kulinarik und Unterhaltung, Haus der Freiheit, Landgasthaus Sonne, Wintersberg, Ebnet-Kappel SG, mit Ständerätin Esther Friedli, Alt Nationalrat Toni Brunner und Buchautor Andi Widmer. Kosten: 77 Franken. Anmeldung unter info@hausderfreiheit.ch.

Stadt Zürich/Kreis 12
Donnerstag, 10. Juli 2025, 19.30 Uhr, Delegiertenversammlung der SVP des Kantons Zürich, Heslihalle, Untere Heslibachstrasse 33, Küsnacht.

Stadt Zürich/Kreis 11
Samstag, 27. September 2025 bis Sonntag, 28. September 2025, SVP-Schiessen 2025, Vorschiesen am Freitag, 19. September 2025, Schützenhaus, Schützenhausstrasse 6, Uster. Weitere Informationen unter www.svp-schiessen.ch.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Mittwoch, 25. Juni 2025, 13.45 – 17.00 Uhr, Schifffahrt auf dem Zürichsee, Treffpunkt



Asylmissbrauch stoppen!

Grenzschutz-Initiative jetzt unterschreiben!